

TauBlog

Écrasez l'infâme!

Den Mangel verwalten

André Tautenhahn · Monday, September 4th, 2023

HAZ, 04.09.23, Seite 1

Gasversorgung: Niedersachsen warnt vor einer Mangellage im Winter

Die Füllstände der Speicher liegen bei 94 Prozent und damit im Plan. Doch auch die Bundesnetzagentur ruft Bürgerinnen und Bürger zu einem sparsamen Verbrauch auf.

Von Marco Seng

Hannover. Trotz derzeit annähernd voller Gasspeicher hält Niedersachsen eine Mangellage im kommenden Winter nicht für ausgeschlossen. „Die Füllstände der Speicher liegen derzeit bei knapp 94 Prozent. Damit sind wir voll im Plan“, sagte Wirtschaftsminister Olaf Lies dieser Zeitung. Niemand könne jedoch seriös vorhersagen, ob das für einen harten Winter ausreiche. „Ich warne davor, gelassen mit der Situation umzugehen“, sagt der SPD-Politiker.

Ausbleibende Gaslieferungen Russlands hatten im vergangenen Winter zu einer Verknappung der Gasvorräte sowie zu gestiegenen Preisen geführt. Die Ausgangssituation sei durch die Terminals für Flüssigerdgas (LNG) besser als im vergangenen Jahr, sagte Lies. Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der vergangene Winter kurz und mild gewesen sei. „Sollte aber der Winter hart und kalt werden, kann das zu einer bedenklichen Situation führen.“ Lies fordert deshalb weiterhin einen sorgsamen

Umgang mit der Ressource Gas. „Ich hoffe, uns bleibt auch in der nächsten Wintersaison eine Situation erspart, in der wir darüber entscheiden müssen, wo zuerst abgeschaltet wird.“

CDU: Weitere Speicher nötig

Auch der CDU-Fraktionschef im Landtag, Sebastian Lechner, warnte vor möglichen Problemen bei der Gasversorgung. „Mit Blick auf die Versorgungssicherheit in Deutschland im kommenden Winter und darüber hinaus benötigen wir nicht nur volle Gasspeicher, sondern auch ausreichend Lager- und Anlandungskapazitäten für LNG“, sagte Lechner dieser Zeitung. Daher müssten Bundes- und Landesregierung zügig weiter in die benötigte Infrastruktur für LNG investieren. „Dazu gehören neben Pipelines auch Speicher.“

Die Bundesnetzagentur rief die Verbraucherinnen und Verbraucher auf, im kommenden Winter wieder Strom und Gas einzusparen. „Für Hausbesitzer und Mieter gilt, sich möglichst gut auf den Winter vorzubereiten“, sagte der Präsident der



Sollte aber der Winter hart und kalt werden, kann das zu einer bedenklichen Situation führen.

Olaf Lies (SPD),
Wirtschaftsminister
in Niedersachsen

Bundesnetzagentur, Klaus Müller, den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Für eine Entwarnung sei es zu früh. Müller verwies darauf, dass Russland weiterhin Gas in europäische Länder liefert. „Wenn diese Lieferungen eingestellt würden, muss auch Südosteuropa aus anderen Quellen versorgt werden.“ Dabei würde Deutschland eine wichtige Rolle spielen.

Die Chefin der Bundesverbraucherschutzzentrale, Ramona Pop, forderte von der Bundesregierung, „dass die Energiepreisbremsen bis mindestens Ostern 2024 verlängert werden“. Das sei nötig, um die Verbraucher zu schützen, falls im Winter die Energiepreise „noch einmal steil nach oben“ gingen. Die Bundesregierung hatte nach der Einstellung der russischen Gaslieferungen eine Energiepreisbremse für Gas und Strom beschlossen. Die Preise wurden für Privathaushalte sowie Firmen gedeckelt.

Lies betonte, dass Niedersachsen einen großen Beitrag zur Gasversorgung in Deutschland leiste. „Wir haben mit dem LNG-Terminal in Wil-

helmshaven Deutschlands bisher einzigen voll ausgelasteten LNG-Anleger“, sagte der SPD-Politiker. „Hier haben wir gezeigt, dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen für Deutschlands Energiesicherheit.“

In Wilhelmshaven werden derzeit rund sieben Milliarden Kubikmeter Gas, also knapp ein Zehntel des deutschen Gasverbrauchs importiert. Das Flüssigerdgas-Terminal in Stade soll einen ähnlichen Beitrag leisten können und noch in diesem Jahr in Betrieb gehen.

Flüssigerdgas aus Russland?

Der Wirtschaftsminister will mit Blick auf die angeblich verdoppelten russischen Exporte von Flüssigerdgas nicht ausschließen, dass weiterhin Gas aus Russland über Zwischenhändler in Deutschland landet. „Die Importeure wie Uniper versichern uns, kein russisches LNG zu importieren“, sagte Lies. „Gasmoleküle haben aber keinen Herkunftsausweis.“

Debatte um Strompreis Seite 14

HAZ, 04.09.23, Titelseite

Auch wenn der Sommer in dieser Woche noch einmal zurückkommt, warnt Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies schon einmal vor eine Gasmangellage im Winter und ruft zum sorgsamen Umgang mit der Energie auf. Er schließt ferner nicht aus, dass auch vermehrt russisches Flüssiggas über Zwischenhändler in Deutschland lande. Gasmoleküle hätten ja keinen Herkunftsausweis. Das ist eine beachtliche Denkleistung, die noch einen ganz anderen Schluss zulässt.

Trotz des Krieges in der Ukraine und den westlichen Sanktionen gegen Russland, importiert die Europäische Union deutlich größere Mengen russisches Flüssigerdgas. Es geht um Rekordmengen an LNG, lautete eine [Schlagzeile](#) der letzten Woche. Demnach hätten die EU-Staaten von Januar bis Juli insgesamt 22 Millionen Kubikmeter LNG aus Russland eingeführt, ein Anstieg um 40

Prozent gegenüber dem selben Zeitraum im Jahr 2021 – also vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Woran liegt das?

Es ist ganz einfach zu begreifen. Da die Ressourcen auf diesem Planeten begrenzt sind und dem natürlichen Angebot gleichzeitig ein wachsender Bedarf an Energie gegenübersteht, können wir dem russischen Gas auf dem Weltmarkt gar nicht ausweichen. Ende der Geschichte. Das Absurde ist jedoch, einen anderen Eindruck erwecken zu wollen, weil man auf das Pipelinegas verzichtet. Nach der Sprengung der Röhren stellt sich die Frage nicht mehr, aber über die Reparatur der beschädigten Infrastruktur redet auch keiner, dafür aber von Gasmolekülen, die keinen Herkunftsausweis trügen.

Das ließe sich übrigens wunderbar übertragen, wenn man an die deutsche Küste in Mecklenburg-Vorpommern einen Zwischenhändler setzte, der aus russischem Pipelinegas einfach Ostseegas machte und wir weiterhin wie beim LNG so täten, als wüssten wir nicht, woher das Gas stamme. Im Übrigen gelangt noch viel mehr russisches Gas nach Deutschland. Und zwar in Form von **Dünger**, dessen Herstellung hierzulande viel zu teuer geworden ist. Daher wird er aus Russland importiert, wo die Herstellung aufgrund des billigen Gases wiederum sehr günstig ist. Demnach stieg der Anteil des russischen Düngers am europäischen Verbrauch in nur einem Jahr von sechs auf 23 Prozent.

Das mag moralisch daneben sein, lässt sich aber leider nicht ändern, wenn man die Wirkung von Sanktionen zunächst falsch einschätzt, die Qualität des deutschen Weizens aber trotzdem erhalten will. Immerhin: die Sozis in Niedersachsen blicken mit Sorge auf die Industrie und die mehr als trüben wirtschaftlichen Aussichten. Sie blicken aber auch irritiert nach Berlin und auf einen Kanzler, der den Vorschlag eines Industriestrompreises ablehnt, weil das nicht mehr als ein schuldenfinanziertes Strohfeuer sei, das die Inflation wieder anheize. *„Eine Dauersubvention von Strompreisen mit der Gießkanne können wir uns nicht leisten und wird es deshalb auch nicht geben. Das wäre ökonomisch falsch, fiskalisch unsolide und würde sicherlich auch falsche Anreize setzen“*, so **Scholz beim Arbeitgebertag in Nordrhein-Westfalen**.

Am Mittwoch und Donnerstag tagt nun die deutsche **Ministerpräsidentenkonferenz** in Brüssel. Sobald dort der Wolf erlegt ist, wird es auch um den Industrie- oder Brückenstrompreis für besonders energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen gehen. Das soll nun die EU-Kommission den Mitgliedstaaten ermöglichen. Damit kann sich der kürzlich gestürzte Kanzler zunächst weiterhin um eine klare Positionierung herumdrücken. Stattdessen stellt er die Frage nach der Finanzierung. Dabei nannte Scholz drei Möglichkeiten: Die übrigen Strompreiszahler kommen für die Senkung des Strompreises für einzelne Unternehmen auf, die Steuerzahler tragen die Kosten, oder es werden neue Schulden aufgenommen.

Da diese Regierung aber weder neue Schulden aufnehmen, noch Steuererhöhungen zulassen will, bleibt also nur ein neuer Bürgerstrompreis, aber nicht in Höhe von 6 Cent, wie für die Unternehmen, sondern in Form eines Aufschlags auf die rund 40 Cent, die es jetzt schon sind. Quasi eine Gasumlage reloaded, diesmal als Strompreismulage. Vertreten könnte so etwas dann aber nur noch Karl Lauterbach oder der Wolf, der inzwischen auch in niedersächsischen Großstädten **herumspazieren** soll.

This entry was posted on Monday, September 4th, 2023 at 5:32 pm and is filed under [Niedersachsen](#). You can follow any responses to this entry through the [Comments \(RSS\)](#) feed. Both comments and pings are currently closed.